Nummer 11. München, den 26. Mai 1906. 3. Jahrgang.

Schneider-Zeitung

Obligatorisches Organ des Verbandes christlicher Schneider und Schneiderinnen und verwandter Berufskollegen Deutschlands. Sitz München.

Erscheint alle 14 Tage. — Abonnementspreis vierteljährlich 65 Pfg. — Alle Postanstalten nehmen Bestellungen entgegen.

Für Schriftleitung, Verlag und Expedition verantwortlich A. Schwarzmann, München, Corneliusstr. 24.
Druck der Münchener Handelsdruckerei Hans Beck, Waltherstr. 13. T. 8390.

Insertionspreis: die 4-spaltige Petitzeile oder deren Raum 10 Pfg., bei mehrmaliger Wiederholung entsprechenden Rabatt.

Kollegen! Agitiert allerorts für unsern Verband!

Die Erben der christlichen Gewerkschaftsbewegung.

In der sozialistischen Wochenschrift „Die Neue Gesellschaft" veröffentlicht Genosse Deinhardt unter der Ueberschrift: „Die klerikale Gewerkschaftsgefahr" einen längeren Artikel, der sich mit der Entwickelung der christlichen Gewerkschaften und ihrer voraussichtlichen Zukunft des näheren befaßt. Eine objektive Beurteilung der christlichen Gewerkschaften ist von einem Genossen ja ohnehin kaum zu erwarten, vom Verfasser noch umso weniger, als er Redakteur der sozialdemokratischen Holzarbeiterzeitung ist, die den Kampf gegen die christliche Richtung stets in der gehässigsten und unsachlichsten Weise geführt hat und auch wohl weiter führen wird.

Neues und Originelles vermag Deinhardt nicht vorzubringen. Auch liegt kein besonderer Anlaß vor, es scheint bestellte Arbeit zu sein. Es verlohnt sich deshalb eigentlich kaum, auf die alten Märchen einzugehen. Es ist ein altbekannter Agitationstrick der Sozialdemokraten, alte Erbsen immer zu kauen, in der Voraussetzung, daß steter Tropfen den Stein höhlt, d. h., daß die Wiedererhebung auch der verlogensten und unhaltbarsten Verunglimpfungen der christlichen Gewerkschaften schließlich ein gläubiges Publikum schafft. Deshalb sind auch wir gezwungen, von Zeit zu Zeit diese alten Angriffe abzuwehren und zu widerlegen.

Deinhardt reitet das alte Steckenpferd aller sozialdemokratischen Gegner der christlichen Gewerkschaften, von dem Zentrumscharakter der christlichen Gewerkschaften und betet getreulich nach, was ihm die sozialdemokratischen Partei- und Gewerkschaftsführer seit Jahr und Tag vorgebetet haben, indem er schreibt:

„Die christlichen Gewerkschaften sind tatsächlich nichts anderes als eine Zweckmäßigkeitsgründung der Zentrumspartei, das wissen die Kenner dieser Gewerkschaften gut genug, und auch von Zentrumsführern ist das anerkannt worden. Ich selbst war Zeuge, wie ein hervorragender Zentrumsparlamentarier in einer Gründungsversammlung einer christlichen Gewerkschaft, von sozialistischen Gewerkschaftlern in die Enge getrieben, zugab, das Zentrum müsse zur Gründung christlicher Gewerkschaften schreiten, wolle es sich die Gefolgschaft der katholischen Arbeiter erhalten. So hat sich die katholische Geistlichkeit und haben sich die Zentrumsführer und die Zentrumspresse jederzeit in den Dienst der christlichen Gewerkschaften gestellt, und ihre Leitung lag anfänglich in den Händen des Volksvereins für das katholische Deutschland, einer Zentrumsorganisation, die in M.-Gladbach ihren Sitz hat."

Je nachdem es den Genossen in ihren Kram paßt, suchen sie die christlichen Gewerkschaften als Gründungen der Zentrumspartei, um anderen Tages nachzuweisen, meist an der Hand konkreter Fälle, daß das Zentrum der große Feind des Koalitions-, der Gewerkschafts- und Arbeiterbewegung ist. Eine blanke Erfindung des Genossen Deinhardt ist die Behauptung, die Leitung der christlichen Gewerkschaften hätte jahrelang in den Händen des Volksvereins in M.-Gladbach gelegen. Ebenso scheint die Geschichte mit dem Zentrumsparlamentarier ein der Phantasie des Genossen Deinhardt entstammendes Märchen zu sein. Warum nennt Deinhardt nicht Mann und Pferd, Name und Ort? Der Volksverein hat seine katholischen Arbeitermitglieder für die christlichen Gewerkschaften interessiert, ihnen Belehrung an die Hand gegeben und nach allen Seiten Aufklärung über die Gewerkschaftsfrage [illegible]. Das war und ist seine Pflicht als Verein zur Förderung der Sozialreform, das verlangen die katholischen Arbeiter von ihm, die einen großen Teil seiner Mitglieder ausmachen.

Für seine Auffassung zitiert Deinhardt noch Pfarrer Naumann, Konrad G. Harbegg und das Buch der Herren Troeltsch-Hirschfeld, die als Zeugen dafür dienen müssen, daß die christlichen Gewerkschaften Zentrumsorganisationen seien.

Daraus sei auch die freundliche Stellung des Grafen Posadowsky und des Reichskanzlers v. Bülow gegenüber den christlichen Gewerkschaften erklärlich. Es sei dies eine Verbeugung vor der maßgebenden Partei des Reichstages, eine Verbeugung vor dem „kleineren Uebel", vor der „berechtigten" gegenüber der „unberechtigten" (sozialdemokratischen) Arbeiterbewegung, eine Verbeugung von den „nützlichen Elementen", als die sich die christlichen Gewerkschaften erwiesen hätten.

Oberflächlicher wie Deinhardt hier die christlichen Gewerkschaften beurteilt, kann es wohl kaum noch geschehen, gerade so operieren auch die Anfänger und kleinen Agitatoren in der Agitation, wenn sie gegen die christlichen Organisationen operieren.

Im übrigen ist die Behauptung von dem Zentrumscharakter der christlichen Gewerkschaften schon so oft widerlegt worden und den Ansichten der Herren Naumann, Harbegg und Troeltsch-Hirschfeld können Dutzende von Zeugnissen anderer „Kenner der Verhältnisse entgegengestellt werden. Am besten wird diese Behauptung durch die Zusammensetzung der Mitglieder, der Verbandsvorstände und des Beamtenstabes der christlichen Gewerkschaften selbst widerlegt. Leider haben die Sozialdemokraten ihre mit dieser Behauptung verbundene Absicht, die protestantischen Arbeiter von den christlichen Organisationen fernzuhalten, bisher zumteil erreicht; für die Zukunft wird dieser schlaue Trick jedoch wenig Zugkraft mehr besitzen, er hat sich überlebt. Immer mehr bricht sich auch in protestantischen Kreisen der Gedanke von der Notwendigkeit der christlichen Gewerkschaften Bahn und damit schwindet auch immer mehr das von der Sozialdemokratie künstlich genährte Vorurteil. Zeugnis dafür sind die Fortschritte der christlichen Verbände auch in protestantischen Gegenden; sogar ins rote Königreich Sachsen sind sie erfolgreich eingedrungen.

Die großen Fortschritte der christlichen Gewerkschaften muß auch Deinhardt wohl oder übel zugestehen. Er schreibt:

„Kein Zweifel, die christlichen Gewerkschaften haben bisher verhältnismäßig große Erfolge erzielt. Sie zählten im Durchschnitt des Jahres 1900 78 664, am 1. April 1901 84 497, im Jahresdurchschnitt 1902 79 238, 1903 91 446, 1904 107 556 Mitglieder, für das Jahr 1905 wird eine Mitgliederzunahme von ca. 50 000 erwartet."

(In Wirklichkeit sind es 70 000.) Die Fortschritte der sozialdemokratischen Gewerkschaften seien allerdings viel größer:

„immerhin sind die Erfolge der christlichen Gewerkschaften recht bedeutend, bedenkt man, daß ihnen bei der Agitations- und Organisationsarbeit nicht eine langjährige Erfahrung zur Seite stand, daß sie über nennenswerte wirtschaftliche Leistungen und Erfolge der zu gewinnenden indifferenten Masse nicht berichten konnten."

Schon seit Bestehen der christlichen Gewerkschaften hat man ihnen von sozialdemokratischer Seite das Grablied gesungen, heute aber muß man ihre Fortschritte anerkennen; das ist allerdings bitter. Aber Deinhardt — andere sozialdemokratische Propheten haben dies schon früher gerade so getan — weiß sich auch mit dieser Tatsache abzufinden. Er ist ein großer Optimist und glaubt auch heute noch, die Arbeit der christlichen Gewerkschaften sei am letzten Ende nur für die sozialdemokratische Richtung. Interessant ist dabei das Geständnis, daß die christlichen Gewerkschaften in manchen Gebieten den sozialdemokratischen die Bahnen geebnet, ihnen das Eindringen ermöglicht hätten. Bisher hat man stets das Gegenteil davon gehört, da hieß es immer, die christlichen Gewerkschaften zeigten sich stets nur da, wo die sozialdemokratischen Fuß gefaßt hätten oder zu fassen suchten. Deinhardt aber konstatiert für manche Gebiete, insbesondere für Westdeutschland, das Gegenteil: „Daß wir uns so günstig vorwärts entwickelt haben, verdanken wir zu einem guten Teil mit den christlichen Gewerkschaften. Diese sind dort eingedrungen, wo wir niemals hätten eindringen können, und in anderen Orten hätten die christlichen dem „Scheindasein" der freien Gewerkschaften Leben eingehaucht und so zu gunsten der sozialdemokratischen Richtung gearbeitet.

„Deshalb können wir auch getrosten Mutes von der klerikalen Gewerkschaftsarbeit in die Zukunft blicken. Die christlichen Gewerkschaften arbeiten letzten Endes noch immer nur für uns. Ob sie ehrlichen Willens an der Besserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Arbeiterschaft mitarbeiten und zu diesem Zwecke ob gemeinsam mit den freien Gewerkschaften oder allein in Streikbewegungen eintreten, ob sie uns im wirtschaftlichen Kampfe in den Rücken fallen oder im politischen Kampfe die Erstgeburtsrechte der Arbeiterklasse der Zentrumspartei zuliebe um ein Linsengericht verkaufen, wir werden immer nur den Gewinn haben. Ob sich in dem einen Falle die Arbeiterschaft von den christlichen Gewerkschaften abwendet, weil sie durch die wirtschaftlichen Kämpfe zum Klassenbewußtsein gekommen oder durch den offenen wirtschaftlichen oder politischen Verrat der christlichen Gewerkschaftsführer angeekelt worden ist, in dem einen oder anderen Falle werden wir die Erben der christlichen Gewerkschaftsbewegung sein."

Vor zehn und mehr Jahren ist dasselbe schon betont und prophezeit worden. Solche Weisen und Optimisten hat es schon viele im sozialdemokratischen Lager gegeben, die an diese Erbschaft oder an eine Verschmelzung der beiderseitigen Richtungen geglaubt haben. Doch die Entwickelung der Arbeiterbewegung in Deutschland seit dem Bestehen der christlichen Gewerkschaften zeigt deutlich das Falsche und Unmögliche dieser Gedanken. Es könnte wohl den Anschein haben, als ob sich die Richtungen in der Praxis genähert hätten. Zum Teil stimmt das und ist hauptsächlich darauf zurückzuführen, daß durch die scharfe Konkurrenz der christlichen Bewegung die sozialdemokratischen Gewerkschaften immer mehr zur praktischen Gewerkschaftsarbeit gezwungen wurden. Aber auf prinzipiellem Gebiete ist die Spaltung größer geworden und heute schärfer denn je. „Uns trennt eine ganze Weltanschauung," sagte Bömelburg auf dem Kölner Gewerkschaftskongreß, und in tausendfachem Echo tönt dieses Wort aus der christlichen Arbeiterschaft wieder. Nur Schwärmer oder unverbesserliche Optimisten können noch an eine „Erbschaft" im Sinne Deinhardts oder an eine Verschmelzung der beiden Richtungen denken. Die kürzlich vom sozialdemokratischen Bergarbeiterverband inszenierte Verschmelzungsaktion der Bergarbeiterorganisationen ist selbst im sozialdemokratischen Lager nicht ernst genommen worden. Es war nur ein — nicht einmal schlauer — Agitationstrick und hat schmählich Fiasko gemacht. Die „Erbschaft", die den Sozialdemokraten in den christlichen Gewerkschaften zufallen soll, wird wahrscheinlich ebenso lange auf sich warten lassen, wie der von Bebel schon so oft als nahe bevorstehend prophezeite Zukunftsstaat, der heute in immer nebelhaftere Ferne gerückt ist.

Man soll die Haut des Bären nicht eher verkaufen, bevor man den Bären selbst hat, und da man jemanden erst beerdigen kann, wenn er gestorben ist, und Deinhardt selbst das lebenskräftige Aufblühen der christlichen Organisationen zugestehen muß, so wird man lange auf die „reiche Erbschaft" warten müssen. So lange sich die freien Gewerkschaften nicht aus der Umklammerung der Sozialdemokratie befreien — was für absehbare Zeiten vollständig ausgeschlossen ist — so lange wird es auch eine christliche Gewerkschaftsbewegung geben und werden „lachende Erben" nur Enttäuschungen erleben können. Wenn Deinhardt etwas weniger oberflächlich wäre und mehr versuchte, auf den Grund der Dinge zu sehen, so würde er zu einem anderen Urteile kommen müssen. Er würde erkennen, daß die Trennung der christlichen Arbeiter von den sozialdemokratischen Gewerk-

... [illegible] ... Weltanschauung und der [illegible] der Auffassung über die soziale [illegible] ihren Grund hat.

Zentralblatt.

Zur Generalversammlung!

In [illegible] Nummer unseres Organs wurde die [illegible] über die diesjährige Generalversammlung eröffnet. Da die Anträge zu derselben noch nicht [illegible] sind, beschränkten sich die beiden Kollegen auf die Frage der Beitragserhöhung, die in diesem Jahre [illegible] der wichtigste Punkt der Tagesordnung [illegible] wird. Wenn ich mir hierzu auch einige Bemerkungen erlaube, so geschieht es, um einige [illegible] der beiden Kollegen zu [illegible] und [illegible] Punkten meine gegenteilige [illegible] zum Ausdruck zu bringen.

[illegible] zur prinzipiellen Seite [illegible] schweren Kampfe beendigt [illegible] Lohnbewegungen wie auch in den Mitgliederversammlungen eine lebhafte Diskussion über [illegible] Lehren sich aus diesem Kampfe [illegible]. Dabei waren sich alle Stimmen [illegible] daß unsere Beiträge zu niedrig seien, um [illegible] Kampf mit Erfolg durchzuführen [illegible] jedoch nicht bloß um die [illegible] der Kollegen handelte, sondern [illegible] überzeugt waren [illegible] Lokalbeiträge [illegible] beschlossen wurden. Die zahlreichen mit Erfolg durchgeführten Lohnbewegungen hatten es eben den Mitgliedern zum Bewußtsein gebracht, daß kein Geld so sicher Zinsen trägt, als das in der Organisation angelegte.

Die [illegible] Beitragserhöhung dürfte somit [illegible] haben. Nun handelt [illegible] wie hoch wir unsere Beiträge [illegible]. Kollege Rolte [illegible] Pfg. für die Woche [illegible] über diese Vorschläge [illegible] und ich glaube, [illegible] unsere Beiträge [illegible] wenn wir allen Anforderungen [illegible] wollen. Dazu zwingen uns [illegible] auf der einen Seite sehen wir [illegible] Arbeitgeberverband [illegible] eine wohlgefüllte Kasse verlangen [illegible] Forderungen den wünschenswerten Nachdruck verleihen wollen. [illegible] der [illegible] wie auch im gegnerischen Verband [illegible]. Von der Leitung [illegible] ausgesprochen, daß die Beiträge auf 40 Pfg. [illegible] werden sollen, auf keinen Fall aber [illegible] Pfg. heruntergegangen werden. Wollen wir dem [illegible] Schritt halten und auch für die Agitation die notwendigen Mittel bereitstellen [illegible] als Minimalforderung 40 Pfg. [illegible] auf dieser [illegible] die nächste wiederum eine Beitragserhöhung [illegible]. Machen wir also [illegible] ganze Arbeit, damit diese Frage [illegible] Jahre aus der Diskussion [illegible] mir wohl eingewendet werden, daß ein [illegible] Verbandskollegen, besonders [illegible] Beitrag [illegible]. Ich gestehe zu, daß es hier einige [illegible] haben dürfte, damit komme ich auf die Frage der Staffelbeiträge. Hier wendet nun Kollege Rolte ein, daß dieselben undurchführbar seien, [illegible] allgemeine Betriebswerkstätten und in Verbindung damit Zeitlohn an Stelle des jetzt üblichen Stücklohns hätten. Diese Ansicht kann [illegible]. Warum sollte es nicht durchführbar [illegible] den Kollegen, die z. B. unter 250 Mk. täglich verdienen, eine eigene Beitragsklasse einzuführen? [illegible] daß alle Kollegen diese Kasse [illegible] würden? Ich glaube, daß jeder Kollege, der mehr verdient, so viel Stolz und Ehrgefühl hat, daß er gerne die höheren Beitragsklassen bezahlen wird. Auch würde es eine Aufgabe der einzelnen Ortsverwaltungen sein, für eine möglichst [illegible] Anwendung der Stufenbeiträge Sorge zu tragen. Daß die niedrigeren Beiträge für weibliche Mitglieder und ländliche Konfektionsschneider berechtigt sind, wird ja auch von Rolte anerkannt. Somit hätten wir ohnedies drei Beitragsklassen. Wenn wir nun diese Stufen so ausbauen und eventuell noch eine weitere [illegible], daß im allgemeinen der Verdienst zu Grunde gelegt wird, so denke ich, daß diese schwierige Frage am gerechtesten gelöst würde. Selbstverständlich müßten auch die Unterstützungssätze dementsprechend eingeteilt werden. Nach Veröffentlichung der Anträge kann dann die Diskussion weitergeführt werden. Inzwischen wird es Aufgabe der Ortsverwaltungen sein, diese Angelegenheit in den Versammlungen zur Diskussion zu stellen, um einerseits die Stimmung kennen zu lernen und andererseits vorzuarbeiten und die Kollegen von der Notwendigkeit dieser Maßnahme zu überzeugen.

München. Karl Schnorr.

Nach den zwei so sturmbewegten Jahren hat sich unsere diesjährige Generalversammlung mit sehr wichtigen, zum Teil ganz neuen Fragen zu beschäftigen. Die meisten werden auf eine großzügigere und vielseitigere Tätigkeit unseres Verbandes hinzielen. Das ist aber nur zu erreichen, wenn die Mittel beschafft werden. Die Beitragserhöhung wird daher die Generalfrage bilden.

Um darüber zu urteilen, um wie viel wir die Beiträge erhöhen müssen, müssen wir uns erst klar darüber sein, wie viel wir Geld brauchen, um unsere Organisation zu einer finanziell gesicherten und nach den heutigen Verhältnissen leistungsfähigen auszubauen. Wir müssen vor allem darauf bedacht sein, endlich einen ansehnlichen Kriegsfonds zu schaffen. Das von der Hand in den Mund leben muß aufhören, wollen wir uns nicht den größten Gefahren aussetzen. Wie wollten wir einen großen Streik oder eine Aussperrung längere Zeit aushalten? Also eine starke Kriegskasse müssen wir als eine Lebensfrage betrachten. In der Agitation muß bedeutend mehr geleistet werden. Die vielen Tausende Unorganisierten müssen gewonnen werden, sowohl in der Maß- wie in der Konfektionsbranche. Besonders in der letzteren steht uns noch ein großes Feld offen, ebenso bei den Schneiderinnen. Der Anfang ist gemacht und aussichtsvoll. Unsere heiligste Pflicht ist es jetzt, für entsprechende Mittel zu sorgen, die zu einer weiteren planvollen Agitation notwendig sind. Wenn unser Verband auch kein Unterstützungsverein sein soll, so ist wenigstens in Großstädten die Erhöhung der Streikunterstützung wünschenswert. Die Reiseunterstützung muß aus agitatorischen Gründen erhöht werden. Unsere Zeitung muß, um für alle Mitglieder interessant zu sein, mindestens noch so viel bieten wie bisher. Ein dementsprechender Umfang wie die Redaktion erfordern mehr Ausgaben. Das sind die allernotwendigsten Ausgaben, mit denen wir in Zukunft zu rechnen haben. Um diese zu erschwingen, müssen wir bereit sein, bedeutend höhere Beiträge zu bezahlen wie bisher. Da hilft kein Mundspitzen, da muß ordentlich gepfiffen werden. Daß eine Erhöhung von 5 Pfg. nicht genügt, dürfte jedem Kollegen bei einigem Nachdenken klar sein. Selbst wenn die ganzen 5 Pfg. der Hauptkasse zufließen würden: so ergibt das bei einem Mitgliederstand von 3000 eine Mehreinnahme von 7800 Mk. Damit soll eine Kriegskasse geschaffen werden, die Agitation verdoppelt, neue Kräfte angestellt werden, die Unterstützungen erhöht und das Organ ausgebaut werden. Wahrlich, der Mann, der das fertig bringt, wird sich schwer finden lassen. Nein, mit 5 Pfg. ist nichts anzufangen, ein Beitrag von 40 Pfg. dürfte genügen, um die allernotwendigsten Reformen durchzuführen. Daß dieser Beitrag notwendig ist, dürfte wohl niemand bestreiten. Nun kommt es darauf an, ob er möglich ist. Ich will zugeben, daß es für Schneiderinnen, Konfektionsschneider und Maßschneider in kleineren Orten (etwa bis zu 20 000 Einwohner) schwer sein würde, aber für alle übrigen ist dieser Beitrag möglich. Den klarsten Beweis hierfür haben eine Reihe Zahlstellen im letzten Jahre erbracht, indem sie durch Einführung von Lokalbeiträgen den Beitrag freiwillig auf 35 und 40 Pfg. erhöht haben und sich dabei gut stellen. Ein Mitgliederverlust war nirgends zu verzeichnen. Wenn wir uns bei den übrigen christlichen Gewerkschaften umsehen, so können wir beobachten, daß sämtliche ihre Beiträge bedeutend erhöhten, so daß sie durchweg viel höhere Beiträge haben als wir. Die dort gehegten Befürchtungen sind nicht eingetreten, die Verbände haben sich vielmehr recht gut entwickelt. Es ist deshalb einfach unverständlich, wie es immer noch einzelne Kollegen gibt, die so veraltete, unbegründete Befürchtungen hegen. Kollegen, seien wir uns einig, bringen wir gerne und freudig das kleine Opfer, ermuntern, begeistern wir uns gegenseitig in Versammlungen wie in Kollegenkreisen, bedenken wir die Aussperrungsgelüste unserer Arbeitgeber und ihrer Streikkasse wollen wir uns ebenbürtig gegenüberstellen, indem wir Mann für Mann für den 40 Pfg.-Beitrag eintreten.

Heudorf.

Auf die Einladung des Zentralvorstandes zur Diskussion der Frage betreffs Beitragserhöhung haben sich in letzter Nummer unseres Verbandsorgans zwei Stimmen gemeldet, Kollege Rolte und Pseudo. Beide treten für eine Beitragserhöhung um 5 Pfg. ein. Daß aber eine solch kleine Beitragserhöhung diesmal nicht ausreichend ist, müßte doch einem halbwegs orientierten Gewerkschaftler klar sein. Um so unverständlicher ist es, wenn führende Kollegen mit solchen Vorschlägen vor die Front treten. Nehmen wir an, die Beitragserhöhung von 5 Pfg. betreffe 2000 Mitglieder, so gäbe das im Jahre eine Mehreinnahme von 5000 Mk. Daß aber diese Summe zur Erfüllung der großen Aufgaben, die dem Verband bevorstehen, nicht ausreicht, dürfte jedem klar sein. Außer der Freistellung des Kollegen Groß wäre auch eine Kraft für den Osten dringend nötig. Nun kommt aber ein Beamter mit allen Ausgaben auf 3500 bis 4000 Mk. pro Jahr. Ergo es reicht nicht. Es wäre um so ungenügender, wenn man gar noch an eine Staffelung der Beiträge gehen wollte.

Pseudo glaubt, daß unsere Gegner uns vorwerfen, wir gingen mit niederen Beiträgen hausieren. Das kommt mir gerade vor, als ob unsere Kollegen in Rheinland und Westfalen sich in der Agitation auf unsere niederen Beiträge berufen, um dadurch die Kollegen leichter zu gewinnen. Das wäre eine ganz verfehlte Spekulation. Heute heißt es in erster Linie, was leistet der Verband. Wenn aber die Mitglieder nichts leisten, kann der Verband auch nichts leisten. Kollege Rolte kommt auch wieder mit der alten Befürchtung von wegen Mitgliederverlust bei einer größeren Beitragserhöhung. Ich glaube, diese Befürchtung ist so überflüssig wie ein Kropf. Sehen wir uns doch bei anderen Verbänden um, die auch ihre Beiträge ganz bedeutend erhöht und doch aber vielleicht gerade deshalb so gute Fortschritte gemacht haben. Ich glaube, unsere norddeutschen Kollegen nehmen in dieser Frage einen gar zu engherzigen Standpunkt ein. Auch unser Zentralvorstand hinkt in dieser Beziehung stark. Statt vorigen Herbst einen ordentlichen Extrabeitrag auszuschreiben, begnügt er sich mit ein paar Pfennigen und bombardiert dafür die Ortsverwaltungen mit Sammellisten. Das ist ein System, das nicht länger aufrecht erhalten werden kann. Bei den Sammellisten müssen die eifrigen Mitglieder, die jedesmal die Versammlungen besuchen, die meisten Beiträge zahlen. Wenn aber jedesmal die Sammelliste kreist, dann wird der letzte Erfolg der sein, daß die Versammlungen immer schlechter besucht werden. Darum, Kollegen, weg mit den Sammellisten und dafür eine ordentliche Beitragserhöhung, die alle gleich trifft. Ein weiterer Grund, weshalb wir unsere Beiträge um mehr als 5 Pfg. erhöhen müssen, ist der, daß wir bei allen Lohnbewegungen, die wir mit dem Deutschen Schneiderverband gemeinsam führen, müssen wir eine gleich hohe Unterstützung zahlen wie unsere Gegner. Wie sollen wir aber die nämliche Unterstützung zahlen, wenn unsere Mitglieder nur die Hälfte Beiträge leisten. Also, gerade so viel wollen wir zahlen wie unsere Gegner. An den Ortsverwaltungen wird es nun liegen, ihre Mitglieder von der Notwendigkeit einer ordentlichen Beitragserhöhung zu überzeugen. Die Kollegen müssen zur Opferwilligkeit erzogen werden. Nur da, wo in dieser Beziehung die Ortsverwaltungen nachlässig sind, wird ein Mitgliederverlust zu befürchten sein. Unsere Mitglieder [illegible] in dieser Beziehung noch immer an der Spitze marschiert. Nicht allein, daß wir schon lange einen wöchentlichen Beitrag von 35 Pfg. haben, haben wir auch noch jedes Jahr ganz ansehnliche Beiträge durch Sammellisten aufgebracht, nicht allein für unsere, sondern auch für andere Verbände. Nun, Kollegen, noch ein paar Worte zur Staffelung der Beiträge.

Es wird geltend gemacht, daß die Einkommensverhältnisse ganz verschiedene sind. Das stimmt. Jüngere Kollegen verdienen weniger als ältere, ebenso diejenigen in den Kleinstädten. Aber, Kollegen, lebt man in Kleinstädten nicht auch billiger als in Großstädten und haben jüngere Kollegen auch die nämlichen Pflichten. Gewöhnlich haben sie nur für sich selbst zu sorgen, währenddem der ältere Kollege oft eine zahlreiche Familie zu ernähren hat. Und wer holt wieder die meisten Unterstützungen? Sind es nicht die jüngeren Kollegen, die jedes Jahr auf Wanderschaft gehen und da ihre eingezahlten Beiträge durch Reiseunterstützung wieder reichlich zurückerhalten. Aber auch im Interesse unserer Kassierer ist eine Klasseneinteilung nicht erwünscht. Mit Verbands-, Bezirk-, Lokal- und Extrabeiträgen ist die Abrechnung selbst für kleinere Zahlstellen schwierig genug. Nun auch noch eine Klassifizierung mit mehreren Abstufungen!

Zum Schluß möchte ich an den Zentralvorstand das Ersuchen richten, noch rechtzeitig im Organ betreffs der Beitragserhöhung Stellung zu nehmen. Wenn der Zentralvorstand schon jetzt erklärt, daß er so oder so viel für nötig hält, dann wird die Situation auf der Generalversammlung eine ganz andere sein, als wenn er sich bis dahin in Schweigen hüllt. Erklärt er, daß er mit 5 Pfg. mehr auskommen kann, so soll es mir auch recht sein. Erklärt er aber, daß [illegible] Pfennige unbedingt notwendig sind, nun Kollegen, daß ihr dann nicht so knauserig seid wünscht

Fridolin.

Anmerkung des Zentralvorstandes. Der Einsender Fridolin schreibt dem Zentralvorstand aus dem Herzen. Seine Ausführungen treffen den Nagel auf den Kopf und wir sind ihm dankbar dafür, wenn auch der Zentralvorstand ein blaues Auge abbekommen hat. Er kann versichert sein, wären alle Zahlstellen so opferfreudig wie seine, der Zentralvorstand hätte sich nicht mit einem Extrabeitrag von ein paar Pfennigen [illegible] begnügt. Aber für ihn war die Diskussion über die Erhöhung der Beiträge, die voriges Jahr im Organ gepflogen wurde, der Gradmesser, den er an die Opferwilligkeit der Mitglieder anzulegen gezwungen war. Es ist ja richtig, daß einige weitblickende Kollegen immer einer entsprechenden Beitragserhöhung das Wort redeten, aber die große Mehrzahl — darunter die größeren Zahlstellen — hüllten sich in Schweigen oder machten Vorschläge in ganz geringer Höhe — wie auch jetzt —. Da beschritt der Zentralvorstand den goldenen Mittelweg und setzte den Extrabeitrag in einer Höhe fest, nach welcher anzunehmen war, daß er auch ausnahmslos von jedem Mitglied geleistet werden konnte. Einverstanden sind wir mit dem Einsender, wenn das System der Sammellisten verschwindet. Das kann aber nur sein, wenn sich die Ortsverwaltungen und Mitglieder auf den Standpunkt des Kollegen Fridolin stellen und möglichst hohe Beiträge bewilligen. Ueber die in Anregung gebrachte Staffelung der Beiträge wird Kollege Fridolin, sowie alle, die sich noch nicht dafür zu erwärmen scheinen, noch mit sich reden lassen, [illegible] einmal erst die diesbezüglichen Anträge ab, [illegible] sie ungesehen verurteilen. Wenn wir zum Schluß [illegible] etwas zu der Aufforderung des Einsenders, der Zentralvorstand solle in Bezug auf Beitragserhöhung ein entscheidendes Wort sprechen, sagen, so ist [illegible]. Wollen wir allen Anforderungen [illegible] Verbandskasse gestellt werden [illegible] Ausbreitung unseres Verbandes [illegible] sind, gerecht werden, dann ist eine [illegible] träge um mindestens 10 Pfg. [illegible] teils auf die [illegible]

... genommen werden, dann ist eine Staffelung der Beiträge mit gleichzeitigem gerechtem Ausgleich von Leistung und Gegenleistung nicht zu umgehen.

Zur Generalversammlung

haben schon einige Kollegen ihre Meinung kundgetan, und ich will deshalb mit der meinigen nicht zurückhalten. Das Hauptdiskussionsfeld bildet, wie leicht erklärlich, natürlich die Beitragserhöhung. In diesem Punkte bin ich ja mit den anderen Kollegen überein, nur über die Höhe derselben möchte ich einige Ausführungen machen. Der Vorschlag auf Erhöhung von [illegible] auf 30 Pfg. dürfte, wenn man in Betracht zieht, daß bereits 31 Zahlstellen diese Erhöhung vorgenommen, 11 sogar 35 Pfg. und 2 40 Pfg. pro Woche bezahlen, nicht von besonderer Wirkung auf unsere Kasse sein. Vielmehr würde sich eine Erhöhung auf 35 Pfg. pro Woche ohne Schwierigkeiten durchführen lassen. Unsere Hauptkasse zu füllen, ist aber auch eines der wichtigsten Dinge mit, auf die wir unser Augenmerk richten müssen. Eine wesentliche Erhöhung in der Hauptkasse wird aber die Erhöhung der Beiträge um 5 Pfg. kaum bringen. Auch 10 Pfg. wird nicht den gewünschten Erfolg zeitigen, wenn wir nicht darauf Bedacht nehmen, möglichst viel an die Zentrale abzuliefern. Es wären deshalb bei 35 Pfg. Beitrag 30 Pfg. an die Zentrale abzuliefern und 5 Pfg. verblieben der Lokalverwaltung. Die Anstellung von Sekretären wäre dann Aufgabe der Zentrale.

Staffelbeiträge sind in der Nummer 9 erwähnt und in Nr. 10 befürwortet worden, aber wie dieselben richtig eingeführt werden sollen, damit sie ihren Zweck erfüllen, ist aus der bisherigen Diskussion nicht ersichtlich. Ich stimme deshalb dem Kollegen Nolte in Nr. 10 zu, daß es vorderhand undurchführbar ist. Oder soll etwa in den einzelnen Orten derjenige, der nach dem zweiten oder dritten Tarif arbeitet, niedrigere Beiträge zahlen wie derjenige, der für den ersten Tarif arbeitet? Daß dieser gerade immer mehr verdient, dürfte nicht zutreffen, sondern im Gegenteil werden an den erstklassigen Arbeiter Anforderungen gestellt, daß er die Höhe eines zwei- oder dreiklassigen Arbeiters nur dann überschreiten kann, wenn er eben ein tüchtiger und auch ein flinker Arbeiter ist. Auch die Zugrundelegung des in den einzelnen Orten festgesetzten Stundenlohnes wird nicht die richtige Grundlage bilden können, da der Stundenlohn doch nicht den Verdienst des Akkordarbeiters klarstellt. Es müßte, sollte eine Beitragsleistung nach dem Verdienst erfolgen, in jeder Zahlstelle soviel Klassen geben, daß es dem Kassier nicht möglich wäre, durch die vielen Klassen sich durchzufinden. Halten wir deshalb an unserem System fest. Sollte eine Zahlstelle in der Lage sein, höhere Beiträge zu zahlen, so wird dieses auch gerne gestattet werden.

W. Sandmeier.

Organisations- und Arbeitsverhältnisse der Freiburger Kolleginnen.

Seit Ende Juni v. J., also kurz nach der Aussperrung, befaßten wir uns mit der Agitation bei den Be- [illegible] Kolleginnen und, wie nachher zu sehen ist, auch nicht ohne Erfolg. Zur ersten Besprechung am Sonntag den 25. Juni waren 11 Schneiderinnen von zwei der größten hier bestehenden Firmen, F. Burg und S. C. Kirch, erschienen. Nach einem kurzen Vortrag des Vorsitzenden wurde das Interesse so gehoben, daß beschlossen wurde, am Dienstag den 27. eine weitere Versammlung abzuhalten, worin Frl. Imle referierte. Durch die allgemeine Agitation, welche betrieben wurde, erschienen 28 Kolleginnen, von denen sich eine Anzahl aufnehmen ließ. Es wurden dann regelmäßig alle 14 Tage Versammlungen abgehalten und danach getrachtet, diese durch Vorträge [illegible] zu gestalten. Auch wurden mehrere Versammlungen mit den Kollegen gemeinsam abgehalten, in denen Sachen zur Erledigung standen, die auf die [illegible] Mitgliedschaft Bezug hatten. Nach einigen Wochen wurde auch die Agitation bei den Büglerinnen eingeleitet, ebenfalls mit einem ziemlichen Erfolg. Die Rührigkeit der Kolleginnen für den Zusammenschluß ist wohl auf ihr so niedergedrücktes Arbeitsverhältnis zurückzuführen. Sämtliche Fragebogen, welche herausgabt waren zur Erhebung einer Statistik über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse bei den Kolleginnen, reden eine deutliche Sprache. So werden bei zehnstündiger Arbeitszeit Löhne bezahlt an Schneiderinnen mit dreijähriger Berufstätigkeit 1.40 Mk., bei fünfjähriger Tätigkeit von 1.70 bis 2 Mk., bei 8—10jähriger Tätigkeit von 2.30—3 Mk. Bei den letzteren handelt es sich um sehr gute Taillen- und Rockarbeiterinnen. Und diese Löhne bei Freiburger Verhältnissen, denn Kost und Logis kostet man hier nicht unter 12 M. pro Woche. Besonders tritt folgende Tatsache hervor. Bei der Firma F. Burg, wo einige Damenschneider beschäftigt sind, erhalten dieselben 4—6.50 Mk. pro Tag. Die Schneiderinnen dagegen, welche dieselbe Arbeit, ja sogar noch bedeutend diffiziler machen, erhalten 2 bis 3 Mk. Lohn. Eine größere Ungerechtigkeit gibt es doch wohl nicht, daß die Schneiderinnen, eben weil sie Arbeiterinnen sind, für die gleiche Leistung weniger entlohnt werden, wie die [illegible]. Darum sind die Kolleginnen doch wohl mehr [illegible], bereit zu arbeiten, bis dieses [illegible] unser Grundsatz durchdringt: der [illegible] „Für gleiche Arbeitsleistung gleiche Entlohnung ohne Unterschied."

Der Vorstand hatte die Absicht, wenn in einem größeren Geschäft ein genügender Prozentsatz organisiert sei, sollte unser Programm verwirklicht und Forderungen gestellt werden. Hierzu wurden drei Geschäftsversammlungen von der Firma F. Burg, welche ca. 30 Schneiderinnen beschäftigt, einberufen, jedoch mit wenig Erfolg. In einer derselben vertrat eine Arbeiterin ganz meisterhaft den Standpunkt ihrer Prinzipalin, welche aber von der Kollegin Schreck und vom Vorsitzenden in gebührender Weise ihre Pflicht als Arbeiterin hingewiesen wurde. Durch die nie erlahmende Agitation der Kolleginnen, besonders der Vorsitzenden, Schriftführerin und der Vertrauenskolleginnen ist es gelungen, über 75 weibliche Mitglieder aufzunehmen. Leider sind von diesen mehrere nicht mehr Mitglied, weil sie den Beruf nicht mehr ausüben und andere Stellung haben. Unsere letzte öffentliche Versammlung brachte allein einen Zuwachs von 12 Kolleginnen. In einem einzigen Geschäft ist es uns auch geglückt, alle 12 dort beschäftigten Schneiderinnen bei uns zu organisieren (der freie Verband hat nämlich keine weiblichen Mitglieder), es ist dies das Konfektionshaus S. Pollock, Inhaber Julius Pollock, großh. bad. Hoflieferant. In diesem Geschäft wurde durch unseren Verband letzte Woche ein für die Arbeiter günstiger Arbeitsvertrag abgeschlossen. Der Wortlaut desselben wird in der nächsten Nummer erscheinen. Zum Schluß die Bitte an alle Kolleginnen, auf zur Agitation, damit auch in den übrigen Betrieben das Organisationsverhältnis ein solches ist, als bei letztgenannter Firma. Und die 250—300 Kolleginnen, welche in den verschiedensten Geschäften tätig sind, herbeigeholt, dann werden wir den Grundsatz: „Für gleiche Arbeitsleistung gleiche Bezahlung" zur Ausführung bringen.

Die Ortsverwaltung.

Verbandsnachrichten.

Mit dem Erscheinen dieser Nummer ist der 21. Wochenbeitrag sowie der letzte Extrabeitrag fällig, worauf wir unsere Mitglieder in ihrem eigenen Interesse aufmerksam machen.

Bekanntmachung.

Die Bezirkseinteilung zur Wahl der Delegierten zur diesjährigen Generalversammlung wurde wie folgt getroffen:

1. Bezirk: **München** mit 1 Deligerten.
2. Bez.: **Nürnberg**, Augsburg, Amberg, Bamberg, Kempten, Landshut, Passau und Reichenhall mit 1 Delegierten.
3. Bez.: **Aschaffenburg**, Amorbach, Elsenfeld, Frammersbach, Großwallstadt, Groß-Kahl, Kleinwallstadt, Mömlingen, Niedenberg, Obernburg, Pflaumheim, Sulzbach, Wenigumstadt und **Würzburg** mit 3 Delegierten.
4. Bez.: **Baden-B.**, Au a. Rh., Freiburg, Karlsruhe, Mühlhausen u. Völkersbach mit 2 Delegierten.
5. Bez.: **Mannheim**, Bietigheim, Kaiserslautern, Pforzheim, Speyer und Viernheim mit 2 Delegierten.
6. Bez.: **Darmstadt**, Altenmittlau, Jügesheim, Offenbach und Somborn mit 1 Delegierten.
7. Bez.: **Frankfurt** und **Wiesbaden** mit 1 Delegierten.
8. Bez.: **Mainz**, Friesenheim, Guntersblum, Heubach, Sörgenloch und Zornheim mit 1 Delegierten.
9. Bez.: **Koblenz**, Bonn, Mühlheim a. Rh., Berg.-Gladbach, Düren und Eupen mit 1 Delegierten.
10. Bez.: **Aachen** 1 und 2 mit 1 Delegierten.
11. Bez.: **Köln a. Rh.** mit 1 Delegierten.
12. Bez.: **Düsseldorf**, **Duisburg**, **Elberfeld** und Krefeld mit 2 Delegierten.
13. Bez.: **M.-Gladbach**, Dülken und Viersen mit 1 Delegierten.
14. **Essen und Steele** mit 1 Delegierten.
15. Bez.: **Bochum**, Gelsenkirchen und Recklinghausen mit 1 Delegierten.
16. Bez.: **Münster**, Buer, Dortmund, Hagen, Hamm, Witten und Paderborn mit 2 Delegierten.
17. Bez.: **Oldenburg**, **Bielefeld**, **Herford** mit den dazu gehörigen Vertrauensmannschaften Enger, Löhne und Elverdissen mit 1 Delegierten.
18. Bez.: **Berlin**, **Hamburg**, Hannover, Hildesheim, Osnabrück und Kiel mit 1 Delegierten.
19. Bez.: **Danzig** mit 1 Delegierten.
20. Bez.: **Breslau**, **Dresden**, **Beuthen**, **Kattowitz**, **Leipzig**, **Liegnitz**, **Ratibor** und **Schweidnitz** mit 1 Delegierten.

Sämtliche Bezirke wählen die auf sie treffende Anzahl Delegierte.

Um den zu einem Bezirk vereinigten Zahlstellen die vorgeschlagenen Kandidaten zur Kenntnis zu bringen, werden die Ortsverwaltungen ersucht, ihre Vorschläge bis spätestens den 5. Juni der Zentrale zwecks Veröffentlichung in Nr. 12 der Schneiderztg. bekannt zu geben.

Die Veröffentlichung der Wahlresultate erfolgt in Nr. 14 der Schneiderztg. Es müssen daher die Wahlen so rechtzeitig vorgenommen werden, daß das Resultat bis 4. Juni sich in den Händen der Zentrale befindet.

Als gewählt gilt derjenige Kollege, welcher mindestens eine Stimme über die Hälfte der in seinem Bezirk abgegebenen Stimmen auf sich vereinigt, andernfalls hat Stichwahl stattzufinden. Von einer notwendig werdenden Stichwahl werden die betreffenden Zahlstellen durch Zirkular benachrichtigt. Die Stichwahlresultate müssen bis spätestens 18. Juli dem Zentralvorstand bekannt gegeben werden.

Die Delegierten legitimieren sich auf der Generalversammlung durch Legitimationskarten. Dieselben werden ihnen rechtzeitig durch die Zentrale zugestellt.

Der Zentralvorstand.
J. A.: A. Schwarzmann.

In nächster Nummer werden diejenigen Zahlstellen, die ihre Abrechnung für das 1. Quartal nicht eingesandt haben, veröffentlicht und gleichzeitig der Versand der Zeitung eingestellt. Entschuldigungen werden nicht berücksichtigt.

An die Zahlstellen des 9. Agitationsbezirks!

Um eine planmäßige Agitation in unserem Bezirk zur Durchführung zu bringen, ist es notwendig, eine ständige Agitationskommission zu schaffen, und ersuche ich die Vorsitzenden der einzelnen Zahlstellen, in der nächsten Mitgliederversammlung einen Delegierten (laut Anhang im Statut) in diese Kommission zu wählen. Es findet alsdann **Sonntag den 10. Juni** eine **Bezirkskonferenz in Breslau** statt, an welcher die Delegierten der einzelnen Zahlstellen teilzunehmen haben.

Tages-Ordnung.

1. Wahl des Vorstandes.
2. Anträge.
3. Verschiedenes.

Beginn der Verhandlungen **Sonntag den 10. Juni, mittags 1 Uhr, im Rest. zum „Bär auf der Orgel", Kupferschmiedstr. 39.** Die Delegierten werden durch Kollegen unserer Zahlstelle von der Bahn abgeholt.

Anträge der einzelnen Zahlstellen sind bis spätestens 3. Juni an den Unterzeichneten zu senden.

Die Kosten der Reise werden den Delegierten teils aus der Bezirkskasse und teils aus den Lokalkassen ersetzt. Mit kollegialem Gruß

Heinrich Bergmann, Bezirksvorsitzender,
Breslau, Vorderbleiche 1.

Breslau. Was unsere Lohnbewegung betrifft, so stehen wir im Begriff, da die Innung uns als Arbeiterorganisation nicht als verhandlungsberechtigt anerkennt, mit einzelnen Arbeitgebern derselben in Verhandlung zu treten. Sie äußerten: „Der Tarif, welche der Arbeitgeberverband abgeschlossen habe, gehe sie nichts an." Sie stellt es allerdings ihren Mitgliedern frei, erteilt ihnen also die Erlaubnis, einen Tarif anzuerkennen. „O herrliche Freiheit, welcher sich die Innungsmeister der Breslauer Schneiderinnung erfreuen können." Vor solch einer Korporation muß man doch alle Achtung haben. So erschwert man uns hier in Breslau die Verhandlungen. Möchten doch die Kollegen einsehen, wie notwendig ein fester Zusammenschluß in unserer Organisation ist. Wären die Kollegen alle organisiert, so hätte auch die „Innung" wohl oder übel daran glauben müssen, daß die Arbeitnehmer als „Organisation" bei der Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse ein Wort mitzusprechen haben. Möge daher kein Kollege unserem Verband die Schuld geben, daß wir in diesem Frühjahr nicht mehr erreicht haben, sondern jenen Kollegen, welche unserem Verband noch fernstehen, darum auf zu eifriger Agitation, ein jeder einzelne unserer Zahlstelle muß es als seine Pflicht betrachten, unsere Organisation durch Zuführung neuer Mitglieder zu stärken, auf daß wir in Zukunft das schwer Errungene erhalten und noch mehr zu erreichen imstande sind. Die bereits organisierten Kollegen Breslaus haben sicher durch die Lohnbewegung in diesem Frühjahr einsehen gelernt, daß eben nur durch festen Zusammenschluß etwas erreicht werden kann. Darum rufe ich an dieser Stelle allen organisierten Kollegen zu, führt die Unorganisierten unserer Zahlstelle zu, auf daß es uns möglich wird, in den kommenden Jahren mehr zu erreichen. Insbesondere möchte ich den Kollegen, welche in der Konfektionsbranche arbeiten, ans Herz legen, diejenigen, welche noch nicht organisiert sind, unserer Zahlstelle zuzuführen, denn wollen wir für die Konfektionsarbeiter etwas schaffen, so müssen sich dieselben organisieren. Nur wenn eine starke Organisation vorhanden ist, aber auch nur dann, läßt sich etwas erreichen auf diesem Gebiete. Ist es schon schwer in der Maßschneiderei, wie dies unsere jetzige Bewegung zur Genüge gezeigt, so ist es in der Konfektion noch bedeutend schwerer, mit Forderungen durchzudrücken, denn da steht uns das Großkapital entgegen in den Personen der Großkonfektionäre und wenn wir diesen nicht eine geschlossene Arbeiterschaft durch die Organisation entgegenstellen, so wird es schwer möglich sein, auch nur etwas zu erzielen. Gehört doch gerade Breslau zu den Städten, in welchen die Konfektion sich als eine „Großmacht", wenn man sich mal so ausdrücken soll, eingebürgert hat. Da ist es nun unbedingt notwendig, daß alle Kollegen sich organisieren und nicht, wie dies bis jetzt der Fall ist, zum weitaus größten Teil der Organisation noch fernstehen, in der falschen Meinung, es nutzt doch nichts. Allerdings, wenn man diese Meinung aufrecht erhält, dann wird nie eine Besserung für die Kollegen erreicht werden. Hinweg daher mit dieser Kleinmütigkeit und Gleichgültigkeit, und setzet an Stelle dieser „falschen" Meinung die Worte: „Wir wollen uns zusammenschließen im Verband christlicher Schneider und Schneiderinnen Deutschlands, dadurch werden wir auch in unserer Branche in Breslau etwas zur Besserung unserer wirtschaftlichen Lage erreichen." Darum, Kollegen, auf zur Agitation, hinein in unseren Verband mit allen denen, welche noch fernstehen.

Bergmann.

Krefeld. Am Sonntag den 29. April fand hier eine öffentliche [illegible] versammlung statt, um auch unsere [illegible] wieder einmal aufzurütteln. Als [illegible] war Kollege Rolte aus Köln erschienen. [illegible] einen [illegible] lehrreichen Vortrag über [illegible] die in diesem Jahre stattgefundenen [illegible] in unserem Gewerbe. An vielen [illegible] auf friedlichem Wege zwischen der [illegible] und Arbeitnehmerorganisation [illegible] abzuschließen. Auch in Krefeld [illegible] Vortrag im Interesse der Arbeiter [illegible] zur Bekämpfung der Schmutzkonkurrenz [illegible] unbedingt erforderlich. [illegible] eine starke Organisation [illegible]. Der Redner forderte die Anwesenden [illegible] Werk zu gehen und vor allem [illegible]. Eine rege Diskussion [illegible]. Mehrere Kollegen brachten die [illegible] zur Sprache. Sämtliche [illegible] ihren Beitritt zum christlichen [illegible]. Am 8. Mai fand nochmals [illegible] statt, zu welcher Kollege [illegible] ebenfalls einen guten [illegible] nach fast einjährigen [illegible] das Eis auch hier gebrochen [illegible] Gedanke einer Organisation [illegible] Bahn gebrochen. Die [illegible] nun erwacht, möge [illegible] Agitation hinausziehen [illegible], dann wird auch Krefeld [illegible] des Verbandes „Rechtberechtigt [illegible] Kollegen Krefelds [illegible]."

Mannheim. In der am 7. Mai stattgehabten [illegible] Kollegen Stellung zur [illegible] derselben. Letztere [illegible] Diskussion hervor. Während [illegible] für sehr angebracht [illegible] bedeutend [illegible], so hielten andere [illegible] nenswert einmal um den [illegible] die Arbeit nicht zu [illegible], deshalb, weil ältere Kollegen [illegible] verdienen in der Regel [illegible] die jüngeren Leute den [illegible] nehmen, indem sie [illegible] auf die Reise zu gehen [illegible] vom Verbande haben [illegible] Kollegen waren der Ansicht, daß die [illegible] zu umgehen sei, wenn der Verband [illegible] leistungsfähig sein soll. Die Kollegen [illegible] Wochenbeitrag von 40 Pfg. [illegible] wäre, der Verbandtag [illegible] ganze Arbeit machen. Die Befürchtung, [illegible] Mitgliederzahl zurückgehe, [illegible] erwiesen haben, da unsere Beiträge in den letzten Jahren fortwährend gestiegen und trotzdem haben wir an Mitgliedern [illegible]. [illegible] werden daher zum Verbandstag [illegible] Beiträge auf 40 Pfg. zu erhöhen, [illegible] die [illegible]stellen, sich über diesen wichtigen [illegible] auszusprechen, damit der Verbandstag [illegible] klares Bild von der Meinung der [illegible] in dieser Frage erhält.

Berlin. [illegible] öffentliche Versammlung [illegible] am 27. April in den Arnimhallen [illegible] Martin referierte über die Bedeutung der [illegible] Gewerkschaften. Von verschiedenen [illegible] beleuchtete er die Notwendigkeit [illegible] Berufsorganisationen anzuschließen. An der Diskussion beteiligten sich die Kollegen [illegible] Martin und Helmann. Die Diskussion zeigte, daß die [illegible] Schulung unserer Mitglieder bedeutende [illegible] gemacht hat. Auf Frau Hochsprung [illegible] an der Diskussion beteiligte, [illegible] Gewerkverein der Heimarbeiterinnen [illegible]. Eine mit Sachkenntnis ausgestattete, tüchtige Rednerin, ohne die weibliche Eigenart zu verleben, [illegible] christlichen Arbeiterinnenbewegung seiten. Frau Hochsprung sprach im Sinne des Referenten und forderte die Kollegen auf, treu zur Organisation zu stehen. Mehrere Kollegen schlossen sich unserer Zahlstelle an. In der Mitgliederversammlung am 9. Mai hielt Kollege Klingenberg einen Vortrag über die Entstehung, das Wesen, die Bedeutung der Kartelle und Trusts. Aus dem Kartellbericht wurde die Mitteilung, daß der Arbeitersekretär Langer aus Breslau zum Sekretär der christlichen Gewerkschaften in Berlin gewählt sei, mit Freude begrüßt.

Soziales und Allgemeines.

Heimarbeitrausstellung für Frankfurt und Umgegend. Am Donnerstag den 10. Mai konstituierte sich auf Einladung des Freien deutschen Hochstifts und des Instituts für Gemeinwohl ein größeres Komitee aus hiesigen Herren und Damen, dem Vertreter jener Institute, des freien Gewerkschaftskartells, des christlichen Gewerkschaftskartells, des Verbandes für Volksvorlesungen, der Akademie für Handels- und Sozialwissenschaften, der Kgl. Gewerbeinspektion, Stadtverordnete usw. angehören. Man setzte zunächst einen engeren Arbeitsausschuß ein, der die weiteren Vorarbeiten erledigt. Kleinere Summen für diese sind schon aus Privatmitteln vorhanden; man gedenkt demnächst an die Stadt und an andere Stellen wegen Bewilligung größerer Summen zu gehen. Dargestellt soll werden die Heimarbeit im Gebiet von Groß-Frankfurt, vom Spessart und dem Vogelsberg bis zum Taunus und Rhein in ihrer städtischen und ländlichen Entwicklung. Ueber die Berliner Heimarbeiterausstellung hinaus hofft man einen Fortschritt dadurch zu erzielen, daß zur Erläuterung der Produkte und ihres Zustandekommens umfassende Darstellungen der gesamten Arbeits- und Existenzverhältnisse der wichtigsten Heimarbeitergruppen von der Arbeiter- wie der Unternehmerseite ausgestellt werden. Als frühester Termin der Eröffnung der Ausstellung ist nächstes Frühjahr in Aussicht genommen.

Erhebungen über die Hausindustrie. Nachdem bereits im Frühjahre 1905 Vorbereitungen für die Einführung einer allgemeinen Krankenversicherungspflicht der Hausgewerbetreibenden durch das Reichsamt des Inneren in einigen für die Hausindustrie besonders bemerkenswerten Bezirken stattgefunden hatten, hat Graf Posadowsky, angeregt durch die Berliner Heimarbeitsausstellung neuerdings Veranlassung genommen, nach Vereinbarung mit den beteiligten Bundesregierungen für weitere Gruppen der Hausindustrie Untersuchungen anstellen zu lassen. Die diesjährigen Erhebungen sollen sich hauptsächlich auf hausindustrielle Betriebe in Süd- und Mitteldeutschland erstrecken und zwar auf solche Erwerbszweige, die sich in besonders gedrückter wirtschaftlicher Lage befinden. Voraussichtlich wird auch die Konfektionsindustrie in eingehender Weise berücksichtigt. Bei diesen Erhebungen sollen, wie auch im Vorjahre, mit den Hausgewerbetreibenden und deren Auftraggebern, mit den beteiligten Behörden und Gewerbeaufsichtsbeamten, mit Geistlichen, Aerzten, Lehrern und anderen Auskunftspersonen, unter welchen sich wohl auch die Vertrauensleute der Arbeiterorganisationen befinden werden, Erörterungen über die Geschäfts- und Lohnverhältnisse der Hausindustriellen stattfinden. Besondere Beachtung wird auch den Wohnungsverhältnissen und der Beschaffenheit der Arbeitsräume der Hausgewerbetreibenden geschenkt werden.

Versammlungs-Anzeiger.

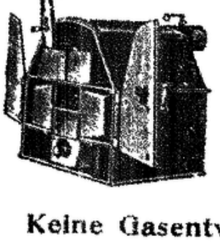
Die nächsten Versammlungen finden statt:

Aachen I im Kölner Bierhaus, Rennbahn 2, am 12. 6.
Aachen II im Kölner Bierhaus, Rennbahn 2, am 3. 6.
Augsburg beim Paritätswirt am 11. 6.
Altenmittlau am 24. 6.
Beuthen, Tarnowitzerplatz 16, am 11. 6.
Breslau im Rest. z. Bär auf der Orgel am 10. 6.
Berlin im Rest. z. grünen Graben, Seydelstr. 30, am 13. 6.
Bielefeld im Rest. Herforderstr. 84, am 12. 6.
Baden-B. im Rest. z. Schützenhof am 4. 6.
Bochum im christlichen Gewerkschaftshaus am 11. 6.
Bonn im christlichen Gewerkschaftshaus am 6. 6.
Cleve im Rest. v. A. Wellen am kl. Markt am 5. 6.
Crefeld am 5. 6.
Düsseldorf im St. Paulushaus am 12. 6.
Dresden in Helbings Rest., Theaterpl., am 8. 6.
Dortmund im christlichen Gewerkschaftshaus, Lützowbruckstr. 5—7, am 6. 6.
Danzig im St. Josefshaus am 11. 6.
Darmstadt in der Brauerei „Grohe", Karlstr. 10, am 12. 6.
Elberfeld im Rest. Goller, Isländerbrücke, am 11. 6.
Essen im christlichen Gewerkschafthaus, Fronhauserstraße 19, am 18. 6.
Freiburg. Die nächste Versammlung ist eine gemeinsame und findet am 6. Juli im kath. Vereinshaus statt.
Frankfurt im Rest. z. gold. Zange, Fahrgasse 52, am 14. 6.
Gelsenkirchen am 11. 6.
Großwallstadt im „Engel" am 10. 6.
Hamburg im Rest. z. Wartburg am 18. 6.
Hagen im Rest. Brenne am 5. 6.
Hildesheim im Braunschweigerhof am 11. 6.
Hamm bei Höttle, Nordstr., am 11. 6.
Herford im Vereinshaus am 12. 6.
Hannover am 12. 6.
Jügesheim im Forsthaus am 10. 6.
Karlsruhe im Rest. Köllenberger am 13. 6.
Kaiserslautern im Rest. Kerstor am 4. 6.
Kempten in d. bl. Traube am 11. 6.
Koblenz am 11. 6.
Köln im Apostelbräu, Apostelstr., am 5. 6.
Kattowitz im Glombikschen Rest., Grundmannstr. [illegible] am 4. 6.
Kiel im Rest. Doppeleiche, Scheverbrücke 6, am 2. 6.
Landshut im Moserbräu am 11. 6.
M.-Gladbach (Konfektionsschneider) im Rest. Hei[illegible], Regentenstr., am 17. 6.
M.-Gladbach (Maßschneider) b. Scheppers, Kirch[illegible] am 10. 6.
Mülhausen i. E. b. Horster, Belfortstr. 21, am 5. 6.
Mülheim a. Rh. im Rest. Siebert am 11. 6.
Mainz im Rest. z. Burg Eltz, Pfaffeng. 9, am 5. 6.
Münster bei Fr. Mackenbrock, Aegidistr., am 11. 6.
München im Gasthaus z. Sanktjohannser, Kreuzstr. 34, am 6. 6.
Niedernberg am 10. 6.
Nürnberg im Rest. z. Storch auf d. Insel Schütt am 12. 6.
Oldenburg im deutschen Haus, am Markt, am 11. 6.
Offenbach a. M. im Schützenhof, Herrnstr., am 13. 6.
Osnabrück am 11. 6.
Paderborn in der Domschenke am 4. 6.
Passau im Gasth. Manzenberger, Theresienstr., am 11. 6.
Pforzheim im Gasth. z. Einhorn am 4. 6.
Recklinghausen bei Eickhoff, Münsterstr., am 18. 6.
Speyer in der Schwarzschen Brauerei am 10. 6.
Stuttgart im Evangel. Handwerkerhaus, Gerberstr. 2, am 13. 6.
Steele am 11. 6.
Würzburg im Gasthaus z. Stern, Domstr. am 5. 6.
Wiesbaden im Kochbrunnen, Saalgasse, am 12. 6.

Adressenänderungen. 1. Bez.: In Augsburg wurde zum Vorsitzenden P. Deininger, Pfärrle E. 69, gewählt. 6. Bez.: Hamm. Die Wohnung des Vors. Ko[illegible] Wallberg befindet sich Friedrichstraße 26.

Neugründungen. Im 2. Bez.: Au a. Rh.: Vorsitzender Andreas Bauer. Im 9. Bez.: Gleiwitz: Vorsitzender Anton Rudolf. Liegnitz: Vertrauensmann Otto Meierhoff, Hainauerstr. 32.

Ein Hygienischer Erfolg



ist die Erfindung meines patentamtlich geschützten

Regulierbaren Bügelofens

mit Holzkohlenfeuerung. In Folge seiner sinnreichen Konstruktion kann derselbe auch bei heisser Jahreszeit ohne unangenehm zu werden, in jeder Werkstätte belassen werden.

Keine Gasentwicklung! Kein Geruch!

Bedeutende Brennmaterialersparniss!

Leichteste Handhabung!

Preis des Ofens nur **16 Mk.**

Zahlreiche Anerkennungsschreiben und Empfehlungen.

Zu beziehen durch **Karl Munz Karlsruhe, Wilhelmstrasse 10.**

Gegründet 1886.

Zuschneide-Akademie von **Wilh. Peters & Sohn**

Köln a. Rh. Hansa-Ring Nr. 22.

früher Roussel'sche Schule.

Lehr-Anstalt I. Ranges

Keine Filialen!

2 Deutsche Reichs- u. 6 Auslands-Patente.

Kostenlose Plazierung als Zuschneider u. Direktrice.

Illustrierte Lehrpläne kostenlos.

Gutgehendes Schneidergeschäft in Hamburg

28 Jahre bestehend, Umsatz 7000 Mark für 1000 Mark zu verkaufen. [illegible]

G. [illegible], Hamburg, [illegible]